

PLENUM AKTUELL

16. - 18. Juni 2009

Themen und Positionen

SPD-Landtagsfraktion



Wirtschaftsförderung wird neu geordnet – Hessen-Agentur bleibt leider

CDU/FDP:

Das Land Hessen ordnet seine Wirtschaftsförderung neu. Die bisher getrennten Förderinstitute Investitionsbank Hessen (IBH) und Landestreuhandstelle (LTH) sollen fusionieren und unter dem Namen Wirtschafts- und Strukturbank Hessen fungieren.

SPD:

Die CDU-Alleinregierung hat unsere Forderung, eine schlagkräftige Förderbank für Hessens Wirtschaft zu schaffen, jahrelang sträflich ignoriert. Jetzt endlich bewegt sich etwas. Nicht nur Sozialdemokraten, auch viele Stimmen aus hessischen Unternehmen und Verbänden, haben in den letzten Jahren die Zusammenlegung aller Förderinstrumente in einer Institution gefordert. Daher unterstützen wir das Zusammengehen von IBH und LTH. Wir kritisieren jedoch, dass die Hessen-Agentur bleiben soll, denn sie hat bislang keinerlei Wirtschaftsförderungsaufgaben wahrgenommen und fiel bisher nur durch misslungene PR-Kampagnen und als „Reise- und Publicityagentur“ der Landesregierung auf.

Wehrhafte Demokratie muss neues Verbotsverfahren für NPD einleiten

CDU/FDP:

Obwohl der Verfassungsschutz die wachsende Gefahr von Neonazis betont, wollen CDU/FDP von einem NPD-Verbot nichts wissen. CDU und FDP verweisen auf die hohen Hürden, die das Bundesverfassungsgericht für ein Verbot aufgestellt hat. Ein zweites Scheitern eines NPD-Verbots könnte die Partei eher stärken.

SPD:

Es gibt genügend Anhaltspunkte dafür, dass die NPD unsere demokratische Grundordnung aggressiv bekämpft, deshalb fordern wir ein neues Verbotsverfahren. Aufgrund ihrer verfassungsfeindlichen Bestrebungen ist die NPD eine ernsthafte Bedrohung für unsere Demokratie. Die NPD bekämpft gezielt die freiheitlich demokratische Grundordnung und erhält dafür noch staatliche Mittel.

Die sozialdemokratischen Innenminister der Länder haben umfangreiches Material gesammelt, das diese Einschätzung belegt. Auch auf der Homepage des NPD-Landesverbands Hessen finden sich Belege für die verfassungsfeindlichen Bestrebungen der NPD. Sie lehnt den Gleichheitsgrundsatz ebenso ab wie den zentralen Wert der Freiheit. Deshalb halten wir es für geboten, endlich zu einem NPD-Verbot zu kommen. Die wehrhafte Demokratie muss ein Zeichen setzen und entschlossen gegen extremistische Bestrebungen vorgehen.

Schwarz-gelbe Koalition fährt Härtefallkommission vor die Wand

CDU/FDP:

Die Koalition will die Härtefallkommission wieder so ändern, dass sie mit Mehrheit Fälle ‚abbügeln‘ kann. Verfahren und Inhalt stellen eine Brückierung der Partner dar, die damit nur noch ‚Feigenblatt‘ wären.

Auch die Einführung von strikten Ausschlussgründen macht deutlich, dass die Kommission wieder zum verlängerten Arm des Innenministeriums werden soll.

SPD:

Die Koalition ist auf dem besten Weg, die zur Lösung gravierender humanitärer Fragen so wichtige Härtefallkommission vor die Wand zu fahren. Wir haben großes Verständnis für die Empörung der Kirchen, der Wohlfahrtsverbände und der Flüchtlingsorganisationen in Bezug auf Verfahren und Inhalte der Gesetzesnovelle. Die ernsthaften Erwägungen der zivilgesellschaftlichen Organisationen, die Kommission zukünftig zu boykottieren können wir nachvollziehen. Auch wir werden uns die Frage stellen, welchen Sinn die Mitarbeit in einer Kommission macht, in der die Mehrheitsverhältnisse von vorneherein so zementiert sind, dass von einer unvoreingenommenen, an den humanitären Aspekten des Einzelfalls orientierten Arbeit nicht mehr die Rede sein kann.

Wir würdigen die außerordentlich ausgewogene und gute Arbeit der Härtefallkommission und fordern die Landesregierung auf, diese in ihrer unabhängigen Besetzung zu belassen.

Glücksspielgesetz: Änderung sichert ehrenamtliches Engagement

Mit einem gemeinsamen Gesetzentwurf von CDU/FDP/SPD wollen wir das Glücksspielgesetz ändern, damit die Destinatäre eine erhöhte Ausschüttung erhalten. 2002 ist es letztmalig zu einer Erhöhung der Mittel an den Landessportbund, die Liga der freien Wohlfahrtspflege, den Hessischen Jugendring, die Träger der außerschulischen Jugend und den Ring politischer Jugend gekommen. Da es in den vergangenen Jahren zu einer deutlichen Erhöhung der Personalkosten sowie der Sachkosten gekommen ist, schaffen wir mit der Änderung die Voraussetzungen, dass ehrenamtliches Engagement auch weiterhin gewährleistet und damit eine wichtige gesellschaftspolitische Arbeit erbracht werden kann.

Bankrotterklärung bei Mindestvoraussetzungen für Kindertagesstätten

CDU/FDP:

Die Ankündigung von Minister Banzer, die Umsetzung der Mindestverordnung für Kinderbetreuung bis zum September 2012 zu verschieben ist eine familienpolitische Bankrotterklärung. Das Einkassieren der Verordnung seiner Vorgängerin Lautenschläger entlarvt zudem ihre Ankündigung als gebrochenes Wahlkampfversprechen.

SPD:

Die Verschiebung ist eine Kapitulation vor dem drängenden Problem einer besseren Kinderbetreuung. Die Landesregierung hat es verpasst, sich aktiv und rechtzeitig um mehr Erzieherinnen und die Finanzierung zu kümmern. Nun sind die Kinder und ihre Eltern die Verlierer. Anstatt mit besserer Qualität durch mehr Personal in den Kindertagesstätten für bessere Betreuung zu sorgen, wird die Umsetzung um drei Jahre verschoben. Dies ist ein peinliches Eingeständnis defizitärer Betreuungspolitik. Die schwarz-gelbe Landesregierung lässt in der Frage der Qualität der Kinderbetreuung jeden Gestaltungswillen und jede Perspektive vermissen. Zudem sind wesentliche Fragen wie die Verfügbarkeit einer ausreichenden Zahl von Fachkräften und die Unterstützung der Kommunen bei der Finanzierung der zusätzlichen Lasten ungeklärt.

Skandal um Aberkennung des Hessischen Kulturpreises an Navid Kermani

Der Kulturpreis sollte in diesem Jahr für Verdienste um den interreligiösen Dialog verliehen werden. Die christlichen Preisträger Kardinal Karl Lehmann und Ex-Kirchenpräsident Peter Steinacker wehrten sich jedoch gegen eine Ehrung gemeinsam mit dem muslimischen Autor Navid Kermani. Daraufhin erkannte das von Roland Koch geführte Kuratorium Kermani die Auszeichnung ab. Das Preis-Kuratorium entschied mittlerweile, die für den 5. Juli geplante Verleihung auf den Herbst zu verlegen.

Wir kritisieren insbesondere die Rolle von Koch, der mit der Aberkennung des Preises, nicht nur Kermani diffamierte, sondern auch die Preisvergabe für Toleranz an Intoleranz scheitern ließ. Kermani ist kein intoleranter Feind des Christentums, sondern ein frommer muslimischer Religionsintellektueller, der seinen Gott auf ganz eigene Weise verehrt und sich dabei einfühlsam auch den inneren Sinn christlicher Frömmigkeit zu erschließen sucht. Auch Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) bezeichnete die Entscheidung des Kuratoriums als „Staatsposse“.

Thorsten Schäfer-Gümbel forderte von Koch Aufklärung darüber, wer die Aberkennung letztlich initiiert hat und eine Entschuldigung an Kermani. Koch schickte jedoch seine Minister Kühne-Hörmann und Hahn vor und tauchte in der Debatte völlig ab.

Etat mit Rekordschulden vor Verabschiedung

Der Landesetat 2009, der in dritter Lesung, verabschiedet wurde, ist ein Haushalt der Negativ-Rekorde. Die Netto-Neuverschuldung klettert auf 2,9 Milliarden Euro, die Gesamtverschuldung auf 36,3 Milliarden Euro. Erwartungsgemäß wurden unsere Änderungsanträge, für bessere Bildung, mehr soziale Gerechtigkeit und eine angemessene Förderung Erneuerbarer Energien, abgelehnt. Dafür wollten wir die Prioritäten für rund 150 Millionen Euro anders setzen. Zur Gegenfinanzierung sollten sächliche Ausgaben (Geschäftsbedarf, Verbrauchsmittel, Öffentlichkeitsarbeit, Verfügungsmittel) gekürzt und leitende Stellen in den Ministerien, der Staatskanzlei, der Europaabteilung und des Landespolizeipräsidiums abgebaut werden. In 10 Jahren Regierungsverantwortung hat Roland Koch die politischen Hausspitzen um 1/3 mehr Stellen aufgebläht und erhebliche Steigerungen bei den sächlichen Ausgaben für ‚Regierungspropaganda‘ zu verantworten.

Eine Information der SPD-Nordhessenrunde

www.nordhessenrunde.de